

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Von 1906 bis 1926 in der deutschen Südwest-Ecke

Gugelmeier, Erwin

Karlsruhe, [ca.1939]

September 1923

[urn:nbn:de:bsz:31-324231](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-324231)

September 1923.

Die Inflation hat verständlicherweise im ganzen Volk Mißstimmung geschaffen. Wie schon bemerkt, haben besonders der Vergleich mit der Schweiz, der Übermut mancher Frankenverdiener und der Übergang einiger Firmen zu wertbeständiger Berechnung eines Teiles ihrer Waren diese Unruhe an der Grenze in bedrohlicher Weise verstärkt. Kommunistische Drahtzieher, deren es besonders unter den aus dem Elsaß Ausgewiesenen und unter den ihres politischen Verhaltens wegen nicht in die Schweiz aufgenommenen, vor dem Krieg dort wohnhaften Wehrmännern genug in der Stadt gab, nützten diese Unzufriedenheit weidlich aus und gossen Öl ins Feuer. Besonders gefährlich war diese Stimmung bei den fremden Bauarbeitern, die in Weil die Wohnhäuser für die Eisenbahnerfiedlungen zu bauen hatten, in die man die seither in Basel wohnenden deutschen Eisenbahner verpflanzen wollte, um die Gehälter und Löhne in Mark statt in Franken zahlen zu können.

Alle diese Erscheinungen trieben schließlich zu einem gewaltfamen Ausbruch. Es war am 14. September 1923, einem freitag. Da telephonierte mir der Bürgermeister von Weil frühmorgens, es seien 2000 Bauarbeiter auf dem Marsch nach Lörrach, um zu demonstrieren und gegen die Teuerung

zu protestieren. Der Oberamtmann Geheimrat Gräfer, den ich sofort anrief, sagte, in Freiburg sei es zu einem ähnlichen Vorgang gekommen, der mit einer Resolution an die Behörden geschlossen habe. Er nehme an, es werde hier ähnliches vor sich gehen, werde aber Gendarmerie zusammenziehen.

Schon um 9 Uhr vormittags zogen die Weiler Bauarbeiter in geschlossenem Marschtrupp in Lörrach ein. Voran trug man eine rote Fahne. Hermann Burte war gerade bei mir im Rathaus, und wir sahen uns den Einzug an, bei dem man unwillkürlich an Bilder aus den 48er Jahren erinnert wurde. Auf dem Marktplatz teilten sich die Kolonnen. Einige gingen zum Landratsamt, andere in die Fabriken, um die Arbeiter zur Teilnahme an der Demonstration zu veranlassen. Um 11 Uhr teilte die Bezirksbehörde mit, es sei mit den Demonstranten verhältnismäßig ruhig verhandelt und vereinbart worden, daß man sich am Nachmittag über die Teuerung aussprechen wolle. Ich möge die Vertreter der Kaufleute usw. zu diesem Zwecke auf das Rathaus bitten. Das lehnte ich ab, weil auf dem nebenan gelegenen Marktplatz Zusammenrottungen zu erwarten waren. Schließlich einigte man sich auf das Kreisgebäude in der Luifenstraße als Versammlungsort.

Ich hatte die Arbeitervertreter zu mir bitten lassen, und diese versprachen auch, dafür zu sorgen, daß die Ordnung nicht gestört werde. Das sei auch keinesfalls zu befürchten, da sie ihre Vertrauensleute schon in diesem Sinne orientiert hätten. Nachmittags um 13 Uhr verständigte ich mich mit dem Landrat (er hieß damals noch Oberamtmann bzw. Geheimrat, das Landratsamt hieß Bezirksamt). Der Oberamtmann teilte mit, er werde zum Schutz des Verhandlungsraumes keine Gendarmerie, sondern Kriminalpolizei in Zivil verwenden. Anlaß zu weiteren Maßnahmen sei nicht gegeben.

Als ich zum Kreisgebäude ging, fiel mir auf, daß aus den umliegenden Gemeinden Arbeitertrupps mit roten Fahnen in die Stadt zogen. Eine zunehmende Unruhe war auf den Straßen zu beobachten. Der Oberamtmann, der mit mir in der Luiseustraße zusammentraf, war ebenfalls unruhig geworden. Er telephonierte dem Landeskommissär in Freiburg, man solle die Gendarmerie verstärken oder sonstigen Schutz schicken. Es wurde ihm jedoch erwidert, das könne erst geschehen, wenn bestimmte Tatsachen vorlägen. Inzwischen stellten wir vom Kreisgebäude aus fest, daß Arbeitertrupps in die Luiseustraße einschwenkten. Ich rief den Landeskommissär in Freiburg nun ebenfalls dringend an. Gerade als ich ihn am Telephon hatte, sah ich durch das Fenster, wie eine Menge Menschen auf das Kreisgebäude zuströmte. Ich rief diese Beobachtung ins Telephon und bat um Zusendung von Bereitschaftspolizei, da wir der Situation nicht mehr Herr würden. Der Oberamtmann und ich könnten voraussichtlich in den nächsten Stunden nicht mehr telephonieren. Der Landeskommissär sagte mir Schutz zu. Kaum hatte ich ausgesprochen, als die Zimmer sich mit Menschen füllten. Einige kamen auch in das Telephonzimmer und bewachten den Apparat, um weitere Gespräche zu unterbinden. Es war klar, daß eine planmäßige Aktion eingeleitet worden war.

Inzwischen hatte sich in der Luiseustraße vom Bahnhof bis zur katholischen Kirche eine vieltausendköpfige Menge versammelt. Sie verhielt sich einigermaßen ruhig. Ihre drohende Anwesenheit aber genügte, um die Verhandlungen sehr lebhaft zu gestalten, die unter dem Vorsitz des Landrats zwischen Kaufleuten, Industriellen und Arbeitervertretern stattfanden. Man war schließlich einig, daß die Geldentwertung unhaltbare Zustände geschaffen habe und daß man Löhne und Preise irgendwie dem „Geld“ anpassen müsse, daß die



Am Brunnen.

Zeichnung von Adolf Glattacker, Tübingen.

Warenpreise besser kontrolliert werden sollten und daß die Industrie mit den Arbeitervertretern über die Löhne verhandeln würde.

Es ging aber genau wie im Jahre 1919 im „Kühlen Krug“. Die Menge auf der Straße war damit nicht zufrieden. Sie verlangte sofortige Verhandlungen und brach in Wutschreie darüber aus, daß nur ein Industrieller (Herr V.) zu den Verhandlungen gekommen war. Es wurde gedroht, man werde die Unternehmer aus ihren Häusern holen und herbeischleppen. Während dieses wilden Geschreis wurde schließlich die Haustüre, die wir geschlossen hatten, mit wuchtigen Stößen eingeschlagen, über die Treppen strömten dichtgeballte Trupps in die Räume. Die Lage wurde für uns peinlich. Unter den Menschen, die auf uns eindrangen, sah ich den Schuhmacher Sch. Da dachte ich plötzlich an seinen schönen Schäferhund, der vor einigen Tagen vergiftet worden war. In der harmlosesten Weise begann ich, um die aufgeregten Leute zu beruhigen, mit ihm hierüber zu sprechen. Es bildete sich ein Kreis um uns, und auch dem Oberamtmanng gelang es durch ein paar geschickte Worte, die Menge einigermaßen zu beruhigen. Schließlich wurde der Vorschlag gemacht, man solle die Vertreter der Industrie bitten, hierherzukommen. Die Leute begriffen es auch, als man ihnen sagte, es werde einige Stunden dauern, bis die Industriellen da seien. Sie verlangten nur, daß die anwesenden Vertreter dableiben, mit Ausnahme von Bürgermeister Grafer, der die Industriellen zu den Verhandlungen hierher „holen“ solle.

Nun gingen die aufgeregten Menschen einigermaßen beruhigt aus dem Gebäude. Ein böser Zwischenfall schien aber alles noch einmal in Frage zu stellen. Bei ihrem Eindringen hatte die Menge die zwei Kriminalbeamten entdeckt, die der Landrat zu unserem Schutze in das Haus beordert hatte. Man

schrie von „Spitzeln“! Mühsam nur konnten die Leute beruhigt werden. Erst abends hörten wir, daß die beiden Beamten, als sie aus dem Hause gingen, von der Menge gepackt und mißhandelt, der eine sogar schwer verletzt worden war.

Inzwischen — es war schon gegen 17 Uhr geworden — telephonierte die Polizeiwache, eine große Menschenmenge sei auf dem Marktplatz und fordere den Abzug der Gendarmen, die vom Oberamtmanne von auswärts herangezogen worden waren. Auch sei die Freilassung von zwei Gefangenen aus dem Gefängnis erzwungen worden. Polizei und Gendarmerie seien machtlos und viel zu schwach, gegen die Menschenmassen etwas auszurichten. Bei dieser Sachlage schien es geboten, die Gendarmerie zurückzuziehen. Wir nahmen an, daß dafür bald die Schutzpolizei von Freiburg auf der Bildfläche erscheinen würde. Am nächsten Tage erfuhren wir, daß die Freiburger Mannschaften nur bis Müllheim gelangt waren. Vielleicht war es auch richtig, sie zunächst zurückzuhalten. Denn die Abteilung wäre, wie die späteren Ereignisse bewiesen, vermutlich zu schwach gewesen, um ohne Vorbereitungen wirksam einzugreifen.

Gegen 18 Uhr begannen die Verhandlungen mit den inzwischen eingetroffenen Industriellen. Nach 20 Uhr waren, unter dem Druck der Massen vor dem Gebäude, Abkommen abgeschlossen, wobei den Hauptpunkt die Zahlung einer einmaligen Hilfe in wertbeständigem, nämlich in Franken ausgedrücktem Geld an die Arbeiterschaft ausmachte. —

Der nächste Vormittag verstrich mit Verhandlungen über die Lebensmittelpreise und über die Frage, ob und in welcher Höhe die vereinbarte Beihilfe gezahlt werden könne. Einzelne Firmen waren zur Zahlung bereit, wenn auch nicht in der vorgesehenen Höhe. Es waren solche, die mit dem Ausland arbeiteten oder sonst Franken zur Verfügung stellen konnten.

Andere erklärten sich außerstande zur Zahlung. Wieder andere waren der Meinung, man könne das ganze Abkommen als unter Druck zustande gekommen einfach ignorieren.

Nachmittags fuhr ich nach Freiburg, einmal um über die Devisenlage mit der dortigen Reichsbank zu verhandeln, sodann, um mit dem Landeskommissär mich auszusprechen. Auf der Durchfahrt sah ich die Freiburger Schutzpolizei in Müllheim in der „Post“ im Quartier. Der kommandierende Offizier sagte mir, sie würden wohl noch heute nach Freiburg zurückgezogen werden.

Der Landeskommissär, Geheimrat Schneider, erklärte nach meinem Eintreffen in Freiburg, er habe mir Mitteilungen zu machen, für die er meine strengste Verschwiegenheit bis zum Montag erbitten müsse. Das Staatsministerium habe beschlossen, wegen des versuchten Sturms auf das Gefängnis, der Zurückdrängung der Gendarmen und der Verletzung der Kriminalpolizisten mit Schutzpolizei in Lörrach einzurücken, um eine ungestörte Untersuchung dieser Vorfälle sicherzustellen. Diese Aktion müsse schlagartig und überraschend am Montag vor sich gehen. Es sei daher unbedingt nötig, die Verschwiegenheit zu wahren. In Lohnverhandlungen mische sich die Regierung nicht. Sie wolle nur die staatliche Autorität wieder herstellen.

Im Laufe der Besprechung wies ich darauf hin, daß zu befürchten sei, die Arbeiterschaft könnte glauben, und die politischen Gegner würden sie darin bestärken, die Schutzpolizei käme, um einseitige Interessen in der Lohnfrage zu schützen. Es werde daher gut sein, den Zweck des Einmarsches mit aller Deutlichkeit bekanntzugeben. Der Landeskommissär stimmte mir bei und bat, in diesem Sinne tätig zu sein; indessen könne das erst geschehen, wenn die Schutzpolizei einmarschiert sei. Wir stellten dann noch fest, daß mit dem

Einsatz der Schupo deren Befehlshaber die alleinige Verantwortung trage, so daß insoweit die polizeiliche Gewalt auf ihn übergehe. Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang des Vorgehens waren dadurch abgeschnitten.

Am anderen Tage — es war ein Sonntag — trafen sich die beteiligten Behörden zur Aussprache für die kommenden Ereignisse. Man war sich allseits klar, daß die Besetzung der Stadt nicht ohne Zwischenfälle verlaufen werde, und beschloß, ein Plakat drucken zu lassen, das über den Anlaß der Besetzung Aufschluß geben und insbesondere betonen sollte, daß die Zwangsmaßnahmen nicht den Zweck hätten, in wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern einzugreifen.

Nachmittags fanden Besprechungen mit den Banken und der Industrie statt. Dort durfte über die bevorstehenden Polizeimaßnahmen nichts gesagt werden. Mein Bemühen ging dahin, zu vermeiden, daß die Bürgerschaft selbst sich entzweie und in Haß auseinanderfalle. Das war zu erwarten, wenn bei der Arbeiterschaft sich der Glaube festsetzte, die Unternehmer hätten die Polizei gerufen, und diese habe den Zweck, Lohnverhandlungen gegen die Arbeiterschaft zu entscheiden. In diesem Falle mußte sich der Haß der Arbeiterschaft gegen die Industriellen wenden; das zu vermeiden mußte das Rathaus im Interesse des Gemeindefriedens sich bemühen. Den Geizern dieses Argument aus den Händen zu nehmen und, wie es der Wahrheit entsprach, die Polizeiaktion als eine Maßnahme gegen Ruhestörer zu bezeichnen, lag im Interesse aller. Wenn auch zweifellos das Lohnabkommen vom Samstag, weil unter Druck zustande gekommen, anfechtbar war, empfahl es sich doch, die Wünsche der Arbeiterschaft nicht zu verkennen und sich zu einer, wenn auch kleineren, Leistung bereit zu erklären. Die maßgebenden Männer der Industrie waren

indessen über Sonntag nach Karlsruhe zur Regierung gefahren, und die wenigen, die noch da waren, bemerkten, zu einer Erklärung nicht befugt zu sein. Gegen Abend kam dann noch ein Telegramm des Landesverbandes der Textilindustriellen in Freiburg, in dem die Abrede vom Freitag förmlich zurückgezogen wurde. Nachmittags rief mich einer der Minister von Karlsruhe an. Die Industriellen vom Wiesental seien bei ihm. Er habe ihnen gesagt, wenn staatliche Mittel eingesetzt würden, so zur Wiederherstellung der Ordnung, nicht aber, um in Lohnverhandlungen einzugreifen.

Die Situation war also am Sonntagabend so, daß zwar die staatlichen und städtischen Behörden den Zweck der kommenden Aktion klar abgegrenzt hatten, aber nichts getan werden konnte, um die Bevölkerung von dem etwaigen Gedanken abzubringen, die Staatspolizei komme, um einseitige wirtschaftliche Interessen zu wahren. Daß der Haß der Menge gegen einzelne Unternehmer im Textilbezirk in den folgenden Tagen besonders stark aufflammte und sich in tätlichen Mißhandlungen äußerte, erklärt sich vielleicht aus der mangelnden Aufklärung — doch trifft wohl die politische Geze kommunistischer Elemente die Hauptschuld an den verwerflichen Vorkommnissen.

So kam der Montag, der 17. September, heran. Mit ihm rückte eine leider viel zu schwache Abteilung Schupo in die Stadt. Das Gebiet um Bezirksamt und Post wurde durch Barrikaden abgesperrt. Die Behörden waren so durch Stacheldraht von der übrigen Stadt getrennt. Unsere Vorstellungen, daß auf diese Weise der Großteil der Stadt ohne Schutz blieb, wurden mit der Begründung abgewiesen, man habe nicht genügend Leute.

Die Arbeiterschaft erwiderte mit der Ausrufung des Generalstreiks. Die Industrie erklärte sich bereit, Vorschuß-

zahlungen vorzunehmen. Regierungsrat Grimm vom Textilindustriellenverband telephonierte mir vormittags 9 Uhr diesen vernünftigen Vorschlag und bot zugleich bestimmte Beträge zur Auszahlung an. Für das Baugewerbe schloß sich Max Muny dann an. Allein, die Lawine war schon im Rollen. Politische Hetzer hatten die Dinge in die Hand genommen. Die Arbeiterschaft hatte die Betriebe schon verlassen. Sie sammelte sich schimpfend und drohend vor den Barrikaden, hinter denen die Schupos mit dem Gewehr im Anschlag standen. Von Schopfheim, Grenzach, Weil usw. strömten die Arbeiter herbei, um sich mit den Lörrachern zu vereinigen. Im ganzen Wiesental wurde die Arbeit niedergelegt unter der Parole: „Unter den Bajonetten arbeiten wir nicht.“ Von 11 Uhr ab begannen Schießereien an den Barrikaden. Um 12 Uhr wurden ein Toter und vier Verletzte gemeldet.

Unmittelbar nach diesem ersten Zusammenstoß baten mich die Vertreter der Unternehmer und die der Gewerkschaften um Einleitung von Verhandlungen in der Lohnfrage. Ich lud sie auf Nachmittag in die Brauerei Reitter ein, die innerhalb der Barrikaden lag. Hier schien eine ungestörte Verhandlung gesichert. Um 12 Uhr begannen wir. Gegen 20 Uhr war eine beiderseits angenommene Lohnvereinbarung abgeschlossen.

Bei Beginn der Verhandlungen wurde die Vertretungsbefugnis der Verhandlungspartner geprüft. Dabei erwies sich, daß der Reporter einer Basler Zeitung sich irgendwie durch die Absperrung geschlichen hatte und im Saal saß. Er wurde hinausgebeten. Das brachte eine heitere Note in den Ernst der Stunde. Nach 16 Uhr betrat der Oberamtmann von Schopfheim den Saal. Er erklärte, die Arbeiterschaft habe ihn und Fabrikant Gorn hierhergebracht, um den Abzug der Schupo zu verlangen und ging dann zum Bezirksamt

weiter. Abends hörten wir, daß Herr Horn am Güterbahnhof von den erregten Massen festgehalten, schwer mißhandelt und in den Wald verschleppt worden war. Trotz seiner Verwundungen schlug er sich während der Nacht bis in das Kanderthal durch und konnte so sein Leben retten.

Abends brannte kein Licht mehr. Die Wasserleitung war stillgelegt. Es wurde ein förmlicher Sturm auf die Barrikaden versucht. Bis nach Mitternacht hörte das Knattern der Maschinengewehre, das Knallen von Gewehrschüssen und das Plagen von Sandgranaten nicht auf, und dazwischen beleuchteten Raketen die Szene. Die Zahl der Verletzten war indessen gering, da die Polizei möglichst nur Schreckschüsse abgab. Eine Anzahl Angreifer wurde gefaßt. Im Keller des Sebel-Schulhauses und in dem des Amtsgerichts saßen bald zahlreiche junge Burschen, auch einige Alte, fest. Es waren über 100 Personen, die man, zum Teil mit Waffen, ergriffen hatte.

In dem übrigen Teil der Stadt, der völlig schutzlos war, wurden leider einige Arbeitgeber von herumziehenden Arbeitertrupps verschleppt, mißhandelt und hinter dem Friedhof festgehalten. Sie sollten als Geiseln dienen, um den Abzug der Schupo zu erzwingen. Wir schickten Vertrauensleute, um die Geiseln zu befreien. Sie konnten aber nichts ausrichten. Die Leitung der Schupo, die der Oberamtmann, Bürgermeister Grafer und ich baten, einen Ausfall zu versuchen, um die Geiseln zu befreien, erklärte, dazu seien sie zu schwach. Sie würden zudem nicht nur sich, sondern auch die Geiseln selbst in Gefahr bringen. Man müsse den nächsten Tag abwarten, wo Verstärkungen zu erwarten seien.

Eine Stunde nach Mitternacht begann ein Gewitter mit Platzregen. Damit hörten die Angriffe auf. Als sie naß wurden, verzogen sich die auswärtigen Trupps der Arbeiter in ihre Dörfer.

Unsere Haupt Sorge war am nächsten Morgen, die Leitung der Schupo zu veranlassen, den Stadtteil außerhalb der Barrikaden zu säubern und die Geiseln zu befreien. Nachdem Verstärkung eingetroffen war, gingen endlich, viel zu spät für unsere Ungeduld, zwei Abteilungen von je fünfzig Mann aus dem blockierten Bezirk hinaus. Nach einigen Schüssen in die Luft gelang der Durchmarsch durch die Stadt. Eine Versammlung der Streikenden beim Wasserwerk zerstob vor den Uniformen und Waffen wie ein Haufen Hasen. Vom drohenden Gejohle halbwüchsiger Burschen begleitet, begann die Schupo in den verdächtigen Häusern nach Waffen zu suchen. Blinde Schüsse genügten meist, um die Menge von sich abzuhalten. Eine Sanitätsabteilung, die sich in einer städtischen Turnhalle als rote Sanität mit einem jüdischen Arzt eingemischt hatte, wurde vertrieben. Aber der Generalstreik ging weiter.

Die verblendete und verhezte Arbeiterschaft erklärte, lieber wolle sie unter französischen Bajonetten arbeiten als unter deutschen. Die Versuche der Streikenden aber, die Franzosen vom benachbarten St. Ludwig aus zum Eingreifen zu veranlassen, und das Kraftwerk Rheinfelden, das Strom auch in das Elsass lieferte, zur Einstellung dieser Lieferung zu veranlassen, scheiterten.

Inzwischen waren alle Verschleppten wieder geborgen und in ärztlicher Behandlung. Die Schupo gewann an Übergewicht und begann, Verhaftungen vorzunehmen. Die in den beiden Kellern des blockierten Bezirks Eingesperrten wurden zum Straßengehen u. dgl. herangezogen. Langsam brach sich der Widerstand. Am Mittwoch begann das Rathaus außerhalb des blockierten Bezirks wieder seine übliche Tätigkeit aufzunehmen. Um die infolge des Generalstreiks eingetretene Nahrungsmittelknappheit zu beheben, gewährte die Stadt

den Kaufleuten Kredit und kaufte Mehl an. Das Geld beschaffte sich die Stadt durch Wechsel, die ihre und die Unterschrift von Lörracher Banken trugen und durch Vermittlung der Regierung bei der Reichsbank diskontiert wurden. Mit dem „Wert“ alles anderen Geldes gingen auch diese Schulden in wenigen Wochen in der Inflation unter.

Die kommunistischen Drahtzieher hatten versucht, in den andern Städten des Landes ebenfalls den Generalstreik herbeizuführen. Das war, wie wir später erfuhren, der Grund, weshalb man zunächst nur so schwache Polizeikräfte zu uns hatte schicken können. Auch in Freiburg wurde der Generalstreik ausgerufen. Eine Abordnung der Arbeiterschaft aus Freiburg kam am Mittwoch auf das Bezirksamt von Lörrach, um sich über die Lage zu erkundigen. Man hatte die Leute durch maßlose Übertreibungen über das Eingreifen der Schupo aufgehetzt. Wir konnten sie überzeugen, daß das alles nicht wahr war. Der Generalstreik in Freiburg brach dann auch schon am nächsten Tage zusammen. Gar kein Glück hatten die von Lörrach aus nach Karlsruhe und Mannheim geschickten Hetzapostel. Die Arbeiterschaft dieser Städte lehnte den Streikeintritt glatt ab.

Dennoch wollten die rabiaten Elemente in Lörrach den Streik noch nicht aufgeben. Da aber erklärten die Bauern der Umgebung, die infolge des Aufhörens der Lieferung von elektrischem Strom kein Licht, keine Kraft, kein Wasser für die Ställe mehr hatten: Wenn der Wahnsinn nun nicht aufhöre, würde die Milchlieferung für die Industriegemeinden eingestellt. Diese Drohung schlug durch. Am Freitag wurde der Abbruch des Streiks beschlossen und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen.

Eine Woche schwerster Erschütterung war über die Stadt hinweggegangen. Tote und Verletzte blieben zurück. Saß und

Mißtrauen zerriß die Bürgerschaft. Von beiden Seiten wurde auch das Rathhaus lebhaft kritisiert — aber das mußte hingenommen werden. Es ist nun einmal das Schicksal einer Stadtverwaltung, Vorwürfen ausgesetzt zu sein, wenn so Schweres in einer Stadt sich ereignet, zumal wenn, wie hier, die Amtsverschwiegenheit zunächst eine völlige Klarstellung erschwerte.

Von mir wurde die nächste Gelegenheit gesucht, um mit dem zuständigen Ministerialdirektor und dem Polizeioberst in Karlsruhe zu sprechen und ihnen die Unzufriedenheit mit dem anfänglich zu schwachen Vorgehen der Polizei auszudrücken. Das Ergebnis dieser Besprechung wurde damals wie folgt zu Papier gebracht:

1. Warum kam die Schupo nicht schon am Samstag?

Antwort: Minister und Ministerialdirektor seien in Berlin gewesen. Der Stellvertreter habe geglaubt, erst einen förmlichen Beschluß des Staatsministeriums herbeiführen zu müssen, und darüber sei der Samstag hingegangen.

2. Frage: Warum hat die Schupo so lange hinter Barrikaden stehend die übrige Stadt ihrem Schicksal überlassen?

Antwort: Man habe erst Verstärkungen schaffen und, um diese nach Lörrach zu schicken, zunächst wissen müssen, wie im übrigen Teil des Landes die Bewegung verlaufen werde. — Im übrigen erklärten die Herren, man habe auch hier wieder manches gelernt, was für künftige Fälle zu verwerten sei. —

Ich bat dann die Regierungsvertreter, die städtische Polizei in eine staatliche umzuwandeln, um künftigen Vorfällen gegenüber besser gewappnet zu sein. Nach einiger Zeit wurde diese Umwandlung auch durchgeführt.

Am meisten hat mich bei den Ereignissen des September der Tod des Sohnes von Herrn D. ergriffen. Der Junge,

völlig unbeteiligt an den Vorgängen, wurde durch eine verirrte Kugel getroffen, als er aus der Werkstatt seines Vaters auf die Straße trat. Als ich den Eltern einen Besuch abstattete, sagte mir der Vater: Der Tod seines braven Sohnes sei zwar ein schwerer Schicksalsschlag, aber er müsse hingenommen werden. Die Wiederherstellung der Ordnung habe ein scharfes Eingreifen nötig gemacht, und er müsse seine privaten Gefühle der Einsicht in diese Notwendigkeit unterordnen. Ich erwiderte, als ich ihm die Hand drückte, daß er bei solcher Auffassung sagen dürfe, auch sein Sohn sei für das Vaterland gefallen.